



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

auch im Jahr 2016 können wir nicht von einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sprechen. Wenn rund 30% der Fördermittel aus dem Kulturfonds in kulturelle Projekte nach Oberbayern- und nach Mittelfranken jedoch nur 8% fließen, darf man an der Gerechtigkeit der Verteilung zweifeln. Ich werde mich im Bayerischen Landtag weiterhin für eine Chancengleichheit für alle einsetzen!

In den vergangenen Wochen ist Bayern von schweren Unwettern heimgesucht worden. Die Bilder der Verwüstung durch die Wasser- und Schlammmassen haben uns alle getroffen.

Nun gilt es, den Anwohnern der betroffenen Gebiete, die teilweise vor dem Nichts stehen, schnellstmöglich unbürokratisch zu helfen. Ich blicke im Besonderen auf die Landkreise Landschut und Ansbach, aber auch alle anderen Gebiete, die nicht Teil der Medienberichterstattung waren.

Beeindruckt hat mich die große Hilfsbereitschaft der Nachbarn untereinander. Allen Helferinnen und Helfern, ob ehren- oder hauptamtlich, möchte ich für ihr Engagement ganz herzlich danken!

Ihre

Helga Schmitt-Bussinger  
Mitglied des Bayerischen Landtages

## Ein gutes Integrationsgesetz muss Fordern und Fördern!



Besuch der 10. Klasse des WEG und einer Gruppe Flüchtlinge aus der Berufsschule Schwabach im Münchner Maximilianeum

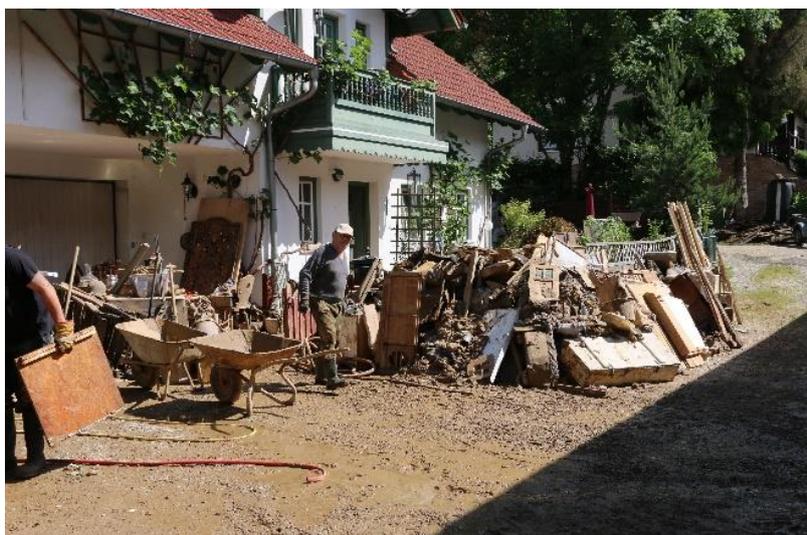
Die Nürnberger Landtagsabgeordnete, Helga Schmitt-Bussinger, kritisiert das vorgestellte Integrationsgesetz der Staatsregierung aufs Schärfste: "Dieser Gesetzentwurf könnte auch aus der Feder von Frauke Petry, Beatrix von Storch oder Björn Höcke stammen. Aus keinem anderen Bundesland ist ein derart gegen Migrantinnen und Migranten gerichteter Gesetzentwurf bekannt." "Vorsicht vor Ausländern" sei der Tenor des Entwurfs, er schaffe Probleme, statt sie zu lösen.

Absurd sei, erklärt Schmitt-Bussinger, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen sich in Zukunft etwa zuerst beim Bademeister anmelden müssten, bevor sie ein Schwimmbad besuchen: "Für Amerikaner und Türken gilt also: Zutritt erst nach ausdrücklicher Genehmigung - wie müssen sich die 50.000 in Bayern lebenden Amerikaner fühlen? Oder die 700.000 Touristen aus den USA? Dieser Entwurf ist nicht nur ein Abschied der Willkommenskultur, sondern auch ein Abgesang auf Einigkeit und Recht

und Freiheit: Er spaltet die Gesellschaft, statt sie zu einen und beugt das Recht zulasten der Freiheit." Schmitt-Bussinger, bemängelt fehlende Angebote für Migrantinnen und Migranten - es sei nur von Fordern, nicht aber von Fördern die Rede. "Das, was als Angebot formuliert ist, wird unter Vorbehalt gestellt - alles reine Symbolpolitik", kritisiert die Nürnberger Abgeordnete. "Teilhabe kommt nicht von alleine, sondern braucht eine gesetzliche Grundlage. Dieser Gesetzentwurf will Bayern für Migrantinnen und Migranten unschön machen und gefährdet das gute Miteinander in Bayern. Menschen, die zu uns kommen, möchten sich sehr wohl integrieren. Das habe ich erst im Mai bei einem Besuch einer Gruppe Flüchtlinge aus der Berufsschule Schwabach wieder erfahren: Die Deutsche Sprache erlernen die meisten zügig, Sie sind interessiert und wollen hier mit einer guten Ausbildung Fuß fassen. Es liegt an der Bayerischen Staatsregierung, hier entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem aktuellen Gesetzentwurf, kann dies nicht gelingen!" ■



## Hochwasserschäden: Gleiche Hilfen in ganz Bayern



"In Flachslanden, Oberzenn, Dörflein und Berglein im Landkreis Ansbach hatten starke Regenfälle binnen Minuten zu Überschwemmungen geführt und verheerende Schäden angerichtet. So schnell wie das Wasser hereinbrach, so schnell müssen nun auch die Hilfsangebote starten. Vor allem in finanzieller Hinsicht, um das bedrückende Gefühl der Hilfslosigkeit und Existenzangst bei den Betroffenen zu lindern", fordert die Abgeordnete Helga Schmitt-Bussinger.

Ich erwarte mir von der Staatsregierung, dass alle Betroffenen schnelle,

unbürokratische und vor allem wirksame Hilfen erhalten. Egal in welchem Teil Bayerns sie leben.

Vor allem ausgelaufene Öltanks bereiten den Einwohnern Sorgen, da sie weitreichende Folgeschäden an Gebäuden und am Erdreich erwarten lassen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die Kosten für notwendige Bodenuntersuchungen aus staatlichen Mitteln zu bestreiten: In einer solchen Situation dürfen die Geschädigten nicht noch zusätzlich finanziell belastet werden. Der Katastrophenschutz, zu dem auch eine rasche

Notversorgung gehört, ist eine staatliche Aufgabe."

Angesichts der sich häufenden Naturkatastrophen regte Schmitt-Bussinger mehr Aufklärung zum Versicherungsschutz bei Elementarschäden an. "Die Vorfälle in Mettenbach haben gezeigt, dass es auch bislang sichere Orte treffen kann, die noch nie von Überschwemmungen betroffen waren. Die Menschen müssen wissen, wie sie sich vor den finanziellen Schäden wappnen können", appellierte die Abgeordnete.

Respekt nötig Schmitt-Bussinger der Arbeit der Hilfsdienste in ab: „Sie leisten mit ihrem unermüdlichen Einsatz einen großen Beitrag vor allem für die betroffenen Bewohner der Hochwassergebiete. Es freut mich sehr, dass wir nun durch einen SPD-Antrag endlich alle ehrenamtlichen Helfer rechtlich gleichstellen konnten. Wer anderen Menschen hilft, sollte sich nicht auch noch mit Problemen bei der Kostenübernahme und Ausfallentschädigungen für die betroffenen Arbeitgeber herumschlagen müssen. Das gehört nun dank der SPD endlich der Vergangenheit an.“ ■

## Schon wieder: Zu wenig Geld für Kultur in Mittelfranken aus dem Kulturfonds!

Die Nürnberger Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger kritisiert die, auch in diesem Jahr, geringe Förderung von Projekten in Mittelfranken durch Mittel des Kulturfonds

in Bayern und schlägt eine Quotenregelung für die Regierungsbezirke vor:

Mittelfranken bekommt laut Schmitt-Bussinger von 6,092 Millionen Euro Gesamtsumme nur 473 000 Euro.

Das entspricht einem Anteil von nur

7,8 Prozent an der gesamten Fördersumme für Bayern. „Wenn Mittelfranken nicht einmal acht Prozent der Mittel bekommt, Oberbayern aber dreißig Prozent, dann stimmt beim Verteilungsmodus einfach etwas nicht“, gibt Schmitt-Bussinger, Mitglied im Kulturausschuss des Landtags zu bedenken. Immerhin



konnten in Mittelfranken bspw. das Jubiläumsfestival der Rother Bluestage oder das 1. Mundart-Festival in Burgbernheim gefördert werden. Das unerfreuliche Bild bestätigt sich auch, wenn man die letzten zehn Jahre betrachtet: Von der in dieser Zeit ausgegebenen Gesamtsumme bekommt bspw. Schwaben rd. 12 Millionen Euro und Mittelfranken nur rd. 6 Millionen Euro. Damit ist Mittelfranken Schlusslicht bei der Kulturförderung über den Kulturfonds. Schmitt-Bussinger fordert: „Gerade weil es ja eh schon eine Verteilung des Mangels ist, brauchen wir feste und gerechte Förderquoten für die Regierungsbezirke und eine bessere Information der Kulturschaffenden über die Möglichkeiten, Mittel

des Fonds zu bekommen. Weshalb orientiert man sich bei der Vergabe beispielsweise nicht an den Schlüssel- und Bedarfszuweisungen und schafft eine faire Quote für alle Regierungsbezirke?“

Die Abgeordnete hat sich aufgrund des erneut nicht zufriedenstellenden Ergebnisses mit einem Schreiben an die Regierung von Mittelfranken gewandt, verbunden mit der Aufforderung, offensiver in allen Regionen Mittelfrankens für den Kulturfonds zu werben und verstärkt Bürgermeister und Landräte darüber zu informieren.

Die Abgeordnete empfiehlt nachdrücklich, die Möglichkeit der Förderungen über den Kulturfonds rege zu nutzen. Die Internetadresse [www.km.bayern.de/ministerium/kulturfonds.html](http://www.km.bayern.de/ministerium/kulturfonds.html) gebe hier wertvolle Hinweise auf die Fördervoraussetzungen und Förderverfahren. Der Kulturfonds wurde 1996 eingerichtet und gibt wichtige Impulse für kulturelle Einrichtungen. Daraus können jährlich kulturelle Investitionen und Projekte gefördert werden, die überregionale Bedeutung haben, ob im professionellen oder im Amateurbereich. ■

## Sanierungsstau: 659 Kilometer Staatsstraßen im Regierungsbezirk Mittelfranken sind marode



Die Sprecherin der mittelfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten, Helga Schmitt-Bussinger, fordert mehr Investitionen vom Freistaat in die Infrastruktur:

659 Kilometer oder 39,9 Prozent der bayerischen Staatsstraßen im

Regierungsbezirk Mittelfranken sind marode – das hat eine Anfrage der BayernSPD-Landtagsfraktion an die Staatsregierung ergeben. Die Kosten für eine Sanierung würden 98,9 Millionen Euro betragen.

Schmitt-Bussinger spricht von versteckter Staatsverschuldung und appelliert an die Staatsregierung, die Investitionen in die Instandhaltung zu erhöhen: „Söder feiert mit einem großen Fest zehn Jahre ausgeglichenen Haushalt und bei uns in Mittelfranken und in ganz Bayern vergammelt die Infrastruktur. Ich denke beispielsweise an die St

2244 bei Emskirchen, die in einem erbärmlichen Zustand ist. Die Staatsregierung spart auf Kosten der Sicherheit der Autofahrer und verschleppt die Staatsverschuldung weiter. Aber Seehofer und Söder denken sich: Nach mir die Sintflut und bürden die Kosten künftigen Generationen auf.“

Bayernweit sind 4894 Kilometer Staatsstraßen marode. Das entspricht 36 Prozent des gesamten Staatsstraßennetzes im Freistaat. Der Nachholbedarf für die Erhaltung der Fahrbahnen liege bayernweit bei 734 Millionen Euro, teilte Innenminister Joachim Herrmann der SPD-Fraktion mit. Brücken und andere Ingenieurbauwerke sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. ■



## Wissbegierige Jugendliche in familiärer Atmosphäre



„Die Begegnung und das persönliche Gespräch sind entscheidend“ – Ihr Credo, wie Vorurteile gegenüber den hier ankommenden Asylbewerbern abgebaut werden können, nahm sich die Schwabacher Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger auch selbst zu Herzen und stattete in Begleitung des AWO-Kreisvorsitzenden Hartmut Hetzelein und seiner Stellvertreterin Christine Heller der Schwabacher AWO-Wohngemeinschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Besuch ab. Die zuständige Referatsleitung Susanne Lindner und ihre Mitarbeiterin Angela Sierl gaben der SPD-Politikerin einen Einblick in das „WG-Leben“ der zehn afghanischen Jugendlichen.

Die Leidenschaft der Jugendlichen sei klar das Kochen. Das merkten die Gäste schnell, besuchten sie die Wohngemeinschaft doch zur Mittagessenszeit. „Im Zuge des alltagspraktischen Trainings kochen unsere Jugendlichen täglich für sich und ihre

Gäste“, berichtete die stellvertretende Einrichtungsleitung Sierl. Auch an der Reinigung des Hauses seien die Jungen beteiligt. „Unsere Jugendlichen sind sehr zielstrebig und wissbegierig. Sie alle möchten möglichst schnell Deutsch lernen und eine Ausbildung beginnen“, konnte Susanne Lindner nur Positives aus dem Zusammenleben der jungen

Flüchtlinge berichten. „Unser Ziel ist es, die Jugendlichen so weit vorzubereiten, dass sie sich in Deutschland alleine zurecht finden und sogar alleine in einer Wohnung leben könnten“, so die Jugendreferentin weiter. Seit Anfang Dezember betreibt der AWO Kreisverband Roth-Schwabach die Wohngemeinschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Schwabacher Westen. „Als Wohlfahrtsverband, der sich Werten wie Solidarität, Toleranz und Gerechtigkeit verschrieben hat, sahen wir uns hier in der Pflicht“, erklärte der AWO-Vorsitzende Hetzelein die Motive für den Einstieg in die Flüchtlingsarbeit. „Unsere jungen Flüchtlinge sind tausende von Kilometern von ihren Familien getrennt. Daher versuchen wir, ihnen hier ein möglichst familiäres Umfeld zu bieten“, erläuterte die stellvertretende Kreisvorsitzende Heller das pädagogische Konzept der Einrichtung. Fünf pädagogische Fachkräfte sind für die soziale Betreuung der Jugendlichen verantwortlich. Neben Hilfen zur Alltagsbewältigung unterstützen sie

auch bei der Bewältigung von Traumata oder bei Behördenangelegenheiten. Ein ehrenamtlicher Helferkreis hilft bei der Hausaufgabenbetreuung und Freizeitmaßnahmen. „Auch mit der Nachbarschaft pflegen unsere Jungen ein sehr harmonisches Miteinander“, berichtete Sierl von einem kürzlich stattgefundenen „Tag der offenen Tür“, zu dem alle Nachbarn persönlich eingeladen wurden.

Schmitt-Bussinger fand für das Engagement der AWO ausschließlich lobende Worte und interessierte sich in ihren Nachfragen auch für die schulische Ausbildung der Jugendlichen. So sei das Erlernen der deutschen Sprache ihrer Meinung nach „der Schlüssel zur erfolgreichen Integration“. „Schulen und Lehrer müssen bei der Organisation von Übergangsklassen daher stärker unterstützt werden“, so Schmitt-Bussinger. Der AWO Kreisverband Roth-Schwabach hilft der Schwabacher Johannes-Kern-Schule mit ihren drei Übergangsklassen durch die zeitweise Überlassung seiner FSJler, so Lindner. Zum Abschluss berichteten Hetzelein und Heller, dass der AWO-Kreisverband sein Engagement in der Flüchtlingsarbeit zukünftig noch ausweiten werde. So sei Anfang April erneut eine Benefizveranstaltung der AWO-Sozialstiftung geplant, um Spenden für weitere Projekte zu sammeln. ■



## TTIP – SPD-Landtagsfraktion fordert, die Verhandlungen abubrechen!



Die SPD-Landtagsfraktion hat in der Plenardebatte zum Thema TTIP und CETA vor den Pfingstferien deutlich gemacht, dass sie die beiden Freihandelsabkommen in der jetzigen Form

ablehnt. Das Prozedere zu TTIP ist bis heute völlig intransparent, ohne die internen Papiere, die Greenpeace veröffentlicht hat, würden die Verbraucherinnen und Verbraucher jetzt noch im Dunkeln tappen. Was alle vorher nur befürchtet haben, ist jetzt Fakt:

Die Forderungen, die die USA im Freihandelsabkommen durchsetzen wollen, widersprechen den roten Linien der SPD und sind völlig indiskutabel für uns. So wollen die USA weiter an den umstrittenen privaten Schiedsgerichten festhalten. Auch wollen die USA, dass in Europa in der

Landwirtschaft künftig das Risikoprinzip gilt: Dadurch dürften in Europa auch hoch umstrittene und bislang in vielen Ländern nicht zugelassene genmanipulierte Pflanzen und Lebensmittel so lange angebaut und konsumiert werden, bis ihre Schädlichkeit nachgewiesen sei. Bisher darf bei uns nur angebaut werden, was nachweislich unschädlich ist. Die Menschen haben längst das Vertrauen verloren, dass es hier offen und transparent zugeht und v. a., dass das Freihandelsabkommen gut für sie ist. Wir fordern, die Verhandlungen abubrechen! ■

## SPD-Fraktion setzt Gleichstellung aller Rettungskräfte durch



Alle ehrenamtlichen Rettungskräfte in Bayern haben künftig bei Einsätzen dieselben Rechte. Dabei geht es um den Anspruch auf Freistellung vom Arbeitsplatz, die Fortzahlung des Gehalts und die Erstattung von einsatzbedingten Kosten. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich mit einem entsprechenden Antrag im Landtag

gegen den ursprünglichen Widerstand der CSU - durchgesetzt.

Eigentlich ist die Rettungshelfergleichstellung aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit und längst überfällig. Aber die CSU-Fraktion im Landtag hat unsere Forderung über ein Jahr lang blockiert. Sie wollte die Ansprüche der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer von der jeweiligen Haushaltslage abhängig machen. Erst jetzt schließt sie sich unserem Vorschlag an.

Bislang lautet die gesetzliche Regelung, dass Rettungskräfte nur dann Ansprüche haben, wenn sie direkt

von der Leitstelle angefordert wurden. In Zukunft werden alle Helfer im Einsatz wie die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren behandelt. Ein Erfolg der SPD für die Rettungshelfer. Es lohnt sich, hartnäckig zu bleiben. Die Retter leisten einen so wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, dass sie unsere Unterstützung mehr als verdienen.

Dem beschlossenen Antrag zufolge muss nun die Staatsregierung einen Gesetzentwurf erarbeiten, der die Helfergleichstellung umsetzt. Wir erwarten, dass dies schnellstmöglich geschieht. Die Rettungskräfte in Bayern haben ein Anrecht auf eine gerechte Behandlung. ■



## Signal gegen wiedererstarkenden Rechtsextremismus



Isabell Zacharias, Helga Schmitt-Bussinger und Georg Rosenthal

Mit einem Besuch im NS-Dokumentationszentrum München hat die SPD-Landtagsfraktion ein Signal gegen den aufkeimenden

Rechtsextremismus in Deutschland und Bayern gesetzt.

Die Abgeordnete für Nürnberg-Süd und Schwabach, Helga Schmitt-Bussinger, betont: „Angesichts der fremdenfeindlichen Aufmärsche, die derzeit wieder vermehrt in Deutschland stattfinden, muss unsere Gesellschaft die Erinnerung an die verheerenden Folgen dieser menschenverachtenden Ideologie lebendig halten.“

Die Abgeordneten wurden vom Direktor des Zentrums, Prof. Dr. Winfried Nerdinger, durch die Ausstellung geführt.

Schmitt-Bussinger weiter: „Gerade wir als Sozialdemokraten sind uns der historischen Verantwortung des ‚Nie wieder‘ bewusst. Unsere Vorgänger im Parlament haben 1933 als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt. Die Größe dieses Muts zum Widerstand lässt sich kaum ermessen. Wir sehen dies als Auftrag und Verpflichtung, Rechtsextremismus überall entgegenzutreten.“ ■

## Barrierefreier Ausbau am Bahnhof Oberdachstetten kommt!



Die mittelfränkische Landtagsabgeordnete Helga Schmitt-Bussinger freut sich, dass ihre Bemühungen Erfolg hatten und der Bahnhof Oberdachstetten in das Zukunftsinvestitionsprogramm

(ZIP) 2016-2018 des Bundes aufgenommen wurde und nun barrierefrei ausgebaut werden kann:

„Es freut mich außerordentlich, dass nun der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs Oberdachstetten beginnen kann. Ziel muss es nun sein, den Ausbau auch so durchzuführen, wie es Bürgermeister Assum und ich der Bahn schon mehrfach nahegelegt haben. Aber: Der wichtigste Schritt ist getan“, so Schmitt-Bussinger. Die gebürtige Oberdachstettnerin hatte den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses im Bundestag, MdB Martin Burkert, über die Problematik in Oberdachstetten ausführlich informiert, so dass dieser nun erreichen konnte, dass Oberdachstetten in das ZIP aufgenommen wurde.

Im Entwurf des Bürgermeisters ist anders als in dem der Bahn eine Fußgängerunterführung das zentrale Element. Der Zugang wäre dann für Menschen mit Behinderung kein Problem mehr und vor allem die nördlich des Bahnhofs liegende Wohngebiete wären mit diesem Konzept endlich gut angebunden. „Ich



unterstütze das Alternativkonzept ausdrücklich. Im strukturschwachen westlichen Mittelfranken, und konkret in Oberdachstetten, ist der Bahnhof ein wesentliches Element der Verkehrsinfrastruktur und für deren Attraktivitätssteigerung unabdingbar“, bekräftigt Schmitt-Bussinger.

Schmitt-Bussinger hat sowohl dem Staatminister des Inneren, Joachim Herrmann, als auch den Regionalleiter der DB Station und Service

AG, Günther Pichler, angeschrieben und um Unterstützung von Assums Konzept aufgefordert. „Eine attraktive und moderne Bahnanbindung ist für Oberdachstetten unerlässlich. Die Staatsregierung lässt keine Gelegenheit aus, um die Barrierefreiheit Bayerns auszurufen. Gerade deshalb erhoffe ich mir auch beim Ausbau des Bahnhofs Oberdachstetten eine nachhaltige Lösung“, so die Abgeordnete. In diesem Zusammenhang hat Schmitt-Bussinger den Regionalleiter der

DB Station und Service AG auch um einen Ortstermin gebeten.

Das ZIP fördert den barrierefreien Ausbau kleiner Verkehrsstationen mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern pro Tag. Bundesweit stehen hierfür 50 Millionen Euro vom Bundesverkehrsministerium zur Verfügung. ■

## Helga Schmitt-Bussinger besucht Bürgerinitiative Sperberslohe



Helga Schmitt-Bussinger (Mitte) bei ihrem Besuch der Bürgerinitiative Sperberslohe. Rechts: Sprecher Hartmut Schröder

Anlass des Besuchs war die Situation der Anwohner und der Radfahrer um die Staatsstraße 2225. Aufmerksam und interessiert ließ sich Schmitt-Bussinger die Situation schildern. Anhand eines 3D-Modells konnten die vorhandenen Schwachstellen und geeignete Lösungsvorschläge besprochen werden.

Hierzu gehört auch die Verbesserung der Radverkehrsführung. Zurzeit muss der Radverkehr (aus Furth kommend Richtung Pyrbaum) auf einer Länge von rund 400 m dreimal die schnell befahrene Staatsstraße queren. „Wer mit dem Rad drei Mal eine Schnellstraße kreuzen muss, der riskiert drei Mal sein Leben – hier muss sich etwas ändern“, kritisiert die Abgeordnete.

Zudem teilen sich PKW, LKW, Fußgänger und Radfahrer die sehr schmale südliche Zufahrtsstraße zum Ortskern. „Ich habe mir die Situation vor Ort angesehen. Man kann von Glück reden, dass sich bei dieser engen, kurvigen Fahrbahn noch kein schwerer Unfall ereignet hat. Gerade Kinder und Radfahrer sind ohne gesonderten Verkehrsweg besonders gefährdet. Den Vorschlag der Bürgerinitiative, die Geschwindigkeit von bisher erlaubten 100Km/h auf 70Km/h zu reduzieren, unterstütze ich ausdrücklich“, mahnt Schmitt-Bussinger an.

Das vorgestellte Gesamtkonzept wurde von Schmitt-Bussinger positiv aufgenommen: „Ich werde mich nun mit meinen Landtagskollegen, abstimmen, wie die Menschen in Sperberslohe in ihrem Wunsch nach mehr Verkehrssicherheit unterstützt werden können.“ ■



## Von Schwabach nach Spalt – Unterwegs mit den Roten Radlern



Bei bestem Wetter und toller Stimmung wurden Markus Rinderspacher und seine Mitstreiter am Bürgerbüro der SPD in Schwabach im Landkreis Roth von der Landtagsabgeordneten Helga Schmitt-Bussinger erwartet. Nach einem Kaffee und leckerem Gepäck als kleine Stärkung für den Start in den Tag, ging es nach Gustenfelden, wo die Radler die örtlichen Hofläden besuchten.

Die Direktvermarkter bestehen aus einem Obstbauern, einer Metzgerei, einem Geflügel- und Milchhof und einer von den in Deutschland verbliebenen rund 250 Mühlen. Markus Rinderspacher und der Bürgermeister der Gemeinde Rohr, Felix Fröhlich, informierten sich über das Konzept und die Probleme der Direktvermarkter, die die Lebensmittel nicht nur herstellen, sondern direkt in kleinen Läden verkaufen.

Danach setzte sich der SPD-Tross in Richtung Rohr in Bewegung, eine wunderschöne Fahrt durch die leicht hügelige mittelfränkische Landschaft. Beim Mittagessen in Rohr

wurden verschiedene Probleme der Gemeinde mit den örtlichen Mandatsträgern und Bürgermeister Fröhlich erörtert und angeregt diskutiert. Zum Beispiel der stockende Ausbau mit schnellem Internet oder die Probleme bei der Nachverdichtung, weil es für Kommunen in dieser Größenordnung schwierig ist, in die Städtebauförderung zu kommen.

Gut gestärkt ging es danach weiter zu einer kleinen Kirschplantage. Rinderspacher und Schmitt-Bussinger hörten sich hier die Probleme der Obstbauern an, die schon seit Jahren gegen die Wasserentnahme im Geutgraben bei Spalt durch die Reckenberg-Gruppe kämpfen, einem regionalen Wasserversorger. Das Wasser wird den ohnehin trockenen Böden entzogen, und dann nach West-Mittelfranken weiterverkauft.

In einem Ufercafé am malerischen Brombachsee fand ein Informations- und Aufklärungsgespräch mit verschiedenen Vertretern aus dem Tourismus statt. Obwohl der Brombachsee zwar

alles bietet, was sich der erholungssuchende Besucher wünschen kann, sind die Tourismuszahlen nicht die besten. Gründe dafür sind unter anderem ein sich allmählich vollziehender Generationswechsel bei den Wirten und Hotelbetreibern sowie das Überangebot an anderen Jobs in der prosperierenden Metropolregion Nürnberg. Auch wenn keine konkreten Lösungen gefunden werden konnten, versprach Helga Schmitt-Bussinger doch wenigstens das Problem eines seit vielen Jahren ungenutzten riesigen ehemaligen US-Militärgeländes direkt am See in den Landtag einzubringen.

Der Abschluss dieses überaus gelungenen Tages war der Besuch im Museum HopfenBierGut in Spalt. Nach einer aufwendigen Renovierung im vergangenen Jahr wird dort auf 1200 Quadratmetern die Welt des Hopfens und des Bieres erlebbar gemacht. Das über 550 Jahre alte Haus ist interaktiv und modern gestaltet. Hier kann man mit allen Sinnen die Geschichte des Bieres erleben.

Am Abend hatte die SPD zudem zu einem Empfang im Museum geladen. Titel: "Heimat schmeckt am besten - Regionale Produkte als Chance für Produzenten und Verbraucher". Rund 150 Gästen waren gekommen, darunter regionale Lebensmittelerzeuger und die Vizepräsidentin des Bezirkstags Mittelfranken Christa Naaß. Rinderspacher machte in seiner Rede deutlich, dass die Bayern-SPD weniger Zentralismus und dafür mehr Freiheit für die Regionen im Freistaat haben will. Denn dies wirke sich auch positiv auf die Qualität unseres Essens aus. ■



**Aktuelle Termine und  
Initiativen finden Sie  
unter:**

**[facebook.de/schmittbussinger](https://www.facebook.de/schmittbussinger)**

**[www.schmitt-bussinger.de](http://www.schmitt-bussinger.de)**



## Kontakt

Abgeordnetenbüro Nürnberg  
Karl-Bröger-Straße 9  
90459 Nürnberg  
Tel.: 0911 / 4 38 96 50  
Fax: 0911 / 4 38 96 59  
[buero@schmitt-bussinger.de](mailto:buero@schmitt-bussinger.de)  
[www.schmitt-bussinger.de](http://www.schmitt-bussinger.de)  
[www.facebook.de/schmittbussinger](https://www.facebook.de/schmittbussinger)

## Impressum

LandtagsInfo von Helga Schmitt-Bussinger, MdL  
(V.i.S.d.P)